

Bleibt Bares noch Wahres?

Die Freiheitliche Bewegung Schweiz FBS will mit einer Initiative verhindern, dass Bargeld ganz verschwindet

Weil immer mehr Personen mit Karte statt mit Bargeld bezahlen, sorgt sich die Freiheitliche Bewegung um die Zukunft des traditionellen Zahlungsmittels.

Volksinitiative Wurden 2017 laut Umfrage der Schweizerischen Nationalbank noch 70 Prozent der «unregelmässig getätigten» Zahlungen mit Bargeld beglichen, waren es 2020 nur noch 43 Prozent. Zwar ist dieser Einbruch vorab bei den Covid-Massnahmen zu suchen, als diverse Shops aus hygienischen Gründen elektronische Bezahlvarianten bevorzugten. Doch bereits zuvor verlor Bargeld immer mehr an Boden. Die Freiheitliche Bewegung Schweiz FBS befürchtet, dass Bargeld über kurz oder lang abgeschafft wird. Zum Nachteil für die Allgemeinheit, denn laut FBS würde so auch ein Stück Freiheit, Unabhängigkeit, Sicherheit und Kultur verloren gehen. Aus diesem Grund hat die Bewegung die eidgenössische Volksinitiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten» gestartet. Durch diese soll über einen Zusatz in der Bundesverfassung Bargeld gesetzlich als offizielles Zahlungsmittel erhalten bleiben. Weshalb genau Bargeld für mehr Freiheit, Unabhängigkeit, Sicherheit und Kultur sorgt, erklärt Adrian Müller, Urheber der Volksinitiative. «Beginnen wir bei der Freiheit und der Unabhängigkeit. Wenn ich zwischen Bargeld und elektronischen Zahlungsmitteln wählen kann, kann ich auch bestimmen, auf welche damit verbundenen Konditionen ich



Die Freiheitliche Bewegung Schweiz ruft zur Rettung des Bargelds. Bild: AdobeStock

eingehen will oder nicht. Sind mir beispielsweise als KMU die Gebühren eines Karteninstituts zu hoch, kann ich auf Barzahlung pochen. Bin ich der Meinung, dass meine Bank zu viel für die Vermögensverwaltung verlangt, kann ich mein Vermögen auch zu Hause in bar aufbewahren.» Dies sei im Hinblick auf den Umstand, dass Banken Negativzinsen immer mehr auch für Personen mit einem Vermögen von 100 000 Franken oder weniger einführen, von Bewandnis. «Und es ist so sicher wie das Amen in der Kirche, dass ohne die Möglichkeit der Flucht in Bargeld die Staaten beziehungsweise Zentralbanken die Negativzinsen noch weiter in den negativen Bereich senken, um ihre immensen Schulden zu tilgen», so Adrian Müller.

Hinzu komme, dass ein Teil der Bevölkerung, insbesondere ältere Personen, keinen Zugang zu elektronischen Zahlungsverkehr habe. «Ohne Bargeld würde diese Menschen ihrer freien Entscheidung beraubt und ausgegrenzt.» Beim Thema Sicherheit gibt Müller zu, dass das Auf-sich-Tragen einer grösseren Summe Bargeld im Hinblick auf einen Raub doch sehr risikobehaftet ist. «Dafür aber braucht man keine Angst zu haben, dass bei einem Stromausfall, einem Hackerangriff oder einer Störung im Zahlungssystem Transaktionen nicht abgeschlossen werden können.» Abgesehen davon bestehe durch Hacker (oder Fehler im System) zudem die Möglichkeit, dass sensible Daten von Unbefugten eingesehen werden können. Oder der Staat mit

dem Vorsatz zur Bekämpfung von illegalen Finanzaktivitäten immer mehr Einsicht fordert und der Nutzer noch mehr zum gläsernen Bürger wird.

Etwas anders sieht man es beim Verband elektronischer Zahlungsverkehr VEZ. «Wir halten die Befürchtungen der Initianten für nicht gerechtfertigt, da ein Ersatz des Bargeldes nicht zu erwarten ist. Dafür müsste erst einmal das Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel WZG geändert werden, wobei eine solche Änderung dem fakultativen Referendum untersteht», schreibt Severin Pflüger, Geschäftsführer des VEZ. Finma, Weko und Preisüberwacher würden sicherstellen, dass Banken und Karteninstitute ihre Marktmacht nicht einseitig gegen den Konsumenten ausnützen. «So hat der VEZ im Moment rund ein Dutzend Eingaben bei der Weko pending, die ungegerechtfertigte Gebührenerhöhungen eindämmen sollen.» Bezüglich Sicherheit bemerkt Pflüger, dass Banken und Wirtschaft ihre Aufgaben sehr ernst nehmen würden, was sich auch am Umstand zeige, dass Sicherheitslücken aufgedeckt und schnell behoben würden. «Geht einem jedoch beim elektronischen Zahlungsverkehr der Datenschutz zu wenig weit, muss man bei den diesbezüglichen Bestimmungen und nicht beim Bargeld ansetzen.»

Sacha Beuth

Was ist Ihre Meinung zum Thema? echo@tagblattzuerich.ch

HEV AKTUELL



Ralph Bauert, Geschäftsführer HEV Region Winterthur

Gilt morgen noch das Heute?

Im letzten Jahr wurde das Parkieren auf privatem Grund neu reglementiert. Die erlaubten Parkplätze auf dem eigenen Grundstück wurden reduziert. Die Warnungen vom Hauseigentümerverband, dass damit der Druck auf die Blaue Zone zunehmen wird, wurden weggewischt. Und jetzt, nur ein Jahr später, sehen wir die Folge. Für eine Anwohnerkarte für die Blaue Zone muss der Mieter zuerst beweisen, dass er keinen Parkplatz mieten kann. Ein unnötiger Bürokratieaufwand, welcher die Anwohner schikanieren, die Eigentümer belastet und die Stadtverwaltung beschäftigt. Mit den Parkierverordnungen möchte der Stadtrat auch kostenlose Parkplätze aufheben und bestehende Parkgebühren erhöhen. Neu soll jedes Strassenfahrzeug mit eigenem Antrieb bezahlen müssen, also auch Töffs und E-Bikes. Die Stadträtin erklärt zwar, dass das nicht geplant sei, trotzdem wurde es in die Verordnung geschrieben. Ich bin gespannt, wie lange das gilt. Der Städteverband begrüsst eine Parkergebühr für Töffs und Luzern hat diese schon eingeführt. Gesetze sollten nützlich sein und durchgesetzt werden. Bei den Parkierverordnungen ist beides nicht der Fall, deswegen empfiehlt der Hauseigentümerverband, diese Vorlagen abzulehnen.

Hauseigentümerverband Engagement und Dienstleistungen für Wohneigentümer www.hev-winterthur.ch

Die Juso gehen ans Steuersystem

Die Volksinitiative der Juso «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern», sie wird auch «99-Prozent-Initiative» genannt, möchte eine stärkere Umverteilung des Reichtums und ein noch gerechteres Steuersystem. Die Initianten fordern eine stärkere Besteuerung hoher Kapitaleinkommen. So sollen bei der Steuerberechnung ab einem bestimmten Betrag Kapitaleinkommen anderthalbfach gezählt werden. Die Einnahmen, die durch die höhere Besteuerung erzielt werden, sollen für die Senkung der Einkommenssteuern für Personen mit mittleren oder tiefen Arbeitseinkommen oder für höhere Sozialleistungen eingesetzt werden. Die Parlamentsmehrheit und der Bundesrat lehnen die Initiative ab. Die Einkommen seien im internationalen Vergleich bereits gleichmässig verteilt und die Steuerbelastung auf dem Kapital heute recht hoch. Eine noch höhere Besteuerung würde den Standort Schweiz schwächen sowie Arbeitsplätze und Wohlstand gefährden. red

POLITALK

JA, JA und nochmal JA

Am 26. September stimmen wir in Winterthur über drei Vorlagen zum Parkieren im öffentlichen Raum ab. Einmal betrifft es die Gebührenpflicht, einmal das unbeschränkte Parkieren in der Blauen Zone und zu guter Letzt das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund. Es sind alles Vorlagen, die regeln, was schon lange fällig ist, nämlich, dass die Autobesitzer:innen angemessen für das Parkieren aufkommen. Es ist nicht Aufgabe der Stadt und somit der Steuerzahler:in, dafür zu sorgen, dass der autofahrende Teil der Bevölkerung auf Kosten der öffentlichen Hand sein Auto möglichst günstig oder gar gratis parkieren kann. Ich erinnere an dieser Stelle gerne an die vergangenen Budgetdebatten aus dem Gemeinderat, wo diejenigen, die

heute gegen eine moderate Erhöhung der Parkplatzgebühren wettern, der Stadt, ohne mit der Wimper zu zucken, haufenweise Sparmassnahmen aufs Auge drücken und auch nicht bereit sind, einer realistischen Steuererhöhung zuzustimmen. Hinzu kommt, dass die Winterthurer Steuerzahler:innen ebenfalls das Parkieren für auswärtige Pendler:innen bezahlen. So können heute Pendler:innen aus den umliegenden Gemeinden ihr Auto gratis auf ein weisses Parkfeld stellen um dann an den Winterthurer Bahnhöfen auf den Zug umzusteigen. Für viel Gesprächsstoff sorgt auch die moderate Erhöhung der Dauerparkkarten. Der Preis für die 24h Parkbewilligung würde mit der Annahme der Vorlage knapp 1'000.--/p.a.

betragen. Das sind unter hundert Franken im Monat. Dafür steht dann an 365 Tagen rund um die Uhr ein Parkplatz auf der Strasse zur Verfügung. In diesem Preis ist enthalten, dass die Parkplätze auch im Winter zugänglich sind, wohlverstanden vom Schnee befreit durch das städtische Personal, bei dem dieselbe Klientel die letzten Jahre immer sparen wollte.

Für uns Grüne spielt aber nicht nur der finanzielle Teil eine grosse Rolle, warum wir für die drei Vorlagen ein JA empfehlen. Sie tragen indirekt dazu bei, den Fuss- und Veloverkehr zu fördern und entsprechend die Infrastrukturen dafür zu schaffen. Gleichzeitig profitiert die Winterthurer Bevölkerung, dank flächende-



Renate Dürr, Co-Präsidentin Grüne Winterthur

ckenden Blauen Zonen, von weniger Pendlerverkehr und damit von weniger Stau und weniger Emissionen. Die Vorlagen sind ein wichtiger Beitrag zur Klimapolitik und tragen zum Erhalt der Lebensqualität für alle Winterthurer:innen bei. Ein längst fälliger Schritt in die richtige Richtung.

Anzeige

Hausmesse

20.09. – 30.09.2021

Ihr Kompetenz-Center für gesunden Schlaf. Profitieren Sie von Spezialangeboten.

Hüslers Nest Center Winterthur
Obergasse 20 | T 052 212 19 04

www.huesler-nest-winterthur.ch

Wir feiern!
1 Jahre
an der
Obergasse

Neuaufstellung der Ehe

Am 26. September stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über die «Ehe für alle» ab. Heute ist die Ehe in der Schweiz nur zwischen Mann und Frau möglich. Gleichgeschlechtliche Paare haben lediglich die Möglichkeit, eine eingetragene Partnerschaft einzugehen. Auch wenn Personen in einer eingetragenen Partnerschaft in den vergangenen Jahren mehr Rechte erhielten, bestehen Unterschiede zur Ehe: So ist für gleichgeschlechtliche Paare die vereinfachte Einbürgerung oder die gemeinsame Adoption eines Kindes nicht möglich, und sie haben keinen

Zugang zur Fortpflanzungsmedizin. Um allen Paaren die gleichen Rechte zuzugestehen, haben der Bundesrat und das Parlament beschlossen, dass neu auch gleichgeschlechtliche Paare zivil heiraten können. Eingetragene Partnerschaften können in eine Ehe umgewandelt werden. Gegen den Beschluss wurde das Referendum ergriffen. Die Referendumskomitees wollen die Ehe als eine Verbindung zwischen Mann und Frau schützen. Die Samenspende für lesbische Paare führe gemäss zudem zu Vaterlosigkeit und Identitätsproblemen für die betroffenen Kinder. red